

## Endlich: Bewegung?

Rushdie verläßt Bonn mit Zusagen

Es ist der Initiative der SPD-Bundestagsabgeordneten Thea Bock zu verdanken, daß Salman Rushdie nun nach Bonn eingeladen wurde. Es war eine einzelne deutsche Politikerin, die bravours und couragiert zustande brachte, was in der Öffentlichkeit immer wieder gefordert worden war: den offiziellen Besuch des Mannes, auf dessen Kopf von Iran mehrere Millionen Dollar ausgesetzt sind.

Als Geste der Solidarität war das schon längst fällig, nachdem Rushdie diese in Dänemark, Finnland, Norwegen und Spanien von den dortigen Regierungen zuteil geworden war. Als Selbstrespekt war es ebenso dringlich; denn obwohl die deutsche Öffentlichkeit und der deutsche PEN-Club bereits mehrfach die Bundesregierung aufgefordert hatten, sich im Falle des vom Iran zum Freiwild erklärten Rushdie an die Verpflichtung der KSZE-Schlussakte zu halten und die Einhaltung der Menschenrechte vom Iran ofensiv zu verlangen, hatte das offizielle Bonn bislang zur „Rushdie-Affäre“ geschwiegen. Selbst der Bundespräsident, der kürzlich durch eine Resolution des Landtags von Nordrhein-Westfalen um ein öffentliches und offenes Wort gebeter worden war, blieb beim Bonner Schweigen. Und als politische Demonstration war und ist es schließlich höchste Zeit für Bonn, öffentlich auf ein Ende der weitverbreiteten Morddrohung hinzuwirken.

Zu Recht erblickt Rushdie Deutschland in einer „Schlüsselstellung“. Durch die Wirtschaftsbeziehungen der Bundesrepublik zum Iran besitzt sie einen einzigartigen Einfluß; nicht nur durch die Wirtschaftsmacht, sondern auch, weil der Iran weit mehr auf die Bundesrepublik angewiesen sei als umgekehrt. Man könnte hinzufügen: eben deshalb ist das politische Deutschland dazu verpflichtet, jener ersten „großen Schritt“ zu tun, der dann auch die anderen europäischen Nationen motivieren wird, es ihm gleichzutun.

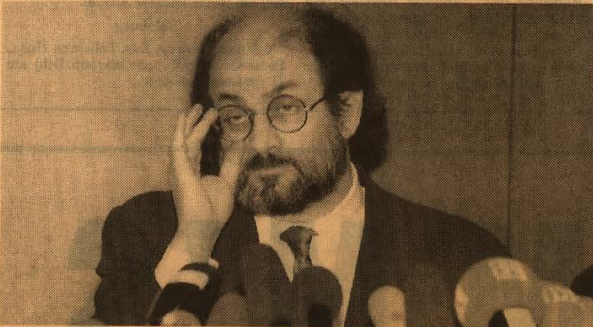
Es sind zivilisatorische und politische Selbstverständlichkeiten, die Rushdie in Bonn ausspricht; dazu gehört auch die: daß das Schweigen zu einem Unrecht, immer falsch ist. „Zu schweigen heißt, den Leuten, die die Macht wieso schon haben, noch mehr Macht zu geben.“ Peinlich für unsere politische Klasse, daß er sie ihr versprechen mußte.

Aber nun besteht die Hoffnung, daß er in Bonn nicht nur offene Ohren fand oder (verspätete) Gesten der Höflichkeit und Freundlichkeit bemerken konnte. Zwar traf Rushdie im Auswärtigen Amt, dessen Chef auf einer Auslandsreise ist (aber noch nicht wieder in Iran, wohl aber in Pakistan, wohin sich Rushdie auch nicht getrauen dürfte), nur auf den Leiter der Kulturabteilung, der ihm „selbstverständlich weitere Unterstützung“ zusagte. Es wird Sache der deutschen Öffentlichkeit sein, über diese „Selbstverständlichkeit“ des Auswärtigen Amtes künftig Rechenschaft zu verlangen.

Die erste Bewegung, welche in die bislang stationäre Rushdie-Affäre kommen könnte — die ja, genau genommen, immer auch eine Affäre jener ist, die ihm nicht mit Wort und Tat beistanden —, dürfte das Versprechen des SPD-Chefs Engholm sein, sich sowohl demnächst bei einem Treffen der sozialdemokratischen Parteichefs aus Europa für eine gemeinsame Entschliebung als auch für eine gemeinsame Erklärung des Deutschen Bundestags zu verwenden. Denn das hochdotierte Todesurteil gegen Rushdie muß aus der Welt.

Die Sicherheitsvorkehrungen, welche Rushdies Bonner Besuch begleiteten, müßten schließlich jedem vor Augen geführt haben, welche iranische Machtmassung auf internationalem Boden in ihnen manifestiert wurde. Das ist allein schon aufgrund eigener staatlicher Souveränität nicht länger hinzunehmen. Und daß Rushdie nicht mehr nur mit fanatischen schiitischen Killerkommandos, sondern mit mafiotischen Contract-Killern rechnen muß, die sich die mehrere Millionen-Dollar-Prämie „verdienen“ möchten, macht den Fall noch haarsträubender. Von Anfang an hatte Khomeini nämlich seine Ritualmord-Aufforderung zugleich mit einem Geschäftsinteresse verknüpft, dem auch „ungläubige“ Gangster nachgehen können.

Unter dieser Drohung dürfte Salman Rushdie auch dann künftig — wie im Alptraum eines Wirklichkeit gewordenen Hitchcock-Films — weiterleben müssen, wenn der Iran sein Offizial-Delikt auf internationalen Druck hin kassieren würde. Aber es wäre dennoch eine Ermütigung; für den mutigen Salman Rushdie, wenn er in seinem einsamen Widerstand gegen den Meinungsterror nicht mehr von denen allein gelassen würde, die, stellvertretend in ihm, genauso gemeint sind. Wo?



Salman Rushdie auf seiner gestrigen Bonner Pressekonferenz.

Foto: AP

## Die verzweifelte Angst, nicht islamisch zu sein

Salman Rushdie über Religionen, Minderheiten und anderes

Der von Iran für „vogelfrei“ erklärte britische Autor Salman Rushdie befindet sich seit Sonntag in Deutschland. Unter strengen Sicherheitsvorkehrungen ermöglichte die Bundestagsabgeordnete Thea Bock (SPD) ihm Gespräche mit verschiedenen Regierungsmitgliedern (Ritz, Süsmuth und Norbert Blum, CDU), den SPD-Parteivorsitzenden Björn Engholm sowie mit ausgewählten Journalisten. Das folgende Gespräch führte Andrea Refaat für die FR im Büro von Thea Bock.

FR: Fühlen Sie sich zur Zeit sicherer oder ist Ihre Lebenssituation genauso gefährlich wie vor drei Jahren?

RUSHDIE: Manche Leute mögen glauben, daß sich die Situation verbessert hat. Vor drei Jahren gab es viele Straßenkrawalle, es wurde viel Lärm geschlagen und die Buchhandlungen bedroht. Zu dieser Zeit hätte ich nicht nach Deutschland kommen können. Ich versuche jetzt, so viel wie möglich von meiner Lebensqualität zurückzugewinnen. Die Leute haben angenommen, daß die Straßenkrawalle das Problem wären, aber das war es nie. Wenn es nur das gewesen wäre, hätte ich nicht untertauchen müssen. Das Problem war und ist vielmehr der professionelle Terrorismus, der von Iran gesteuert wird.

Zwischen dem Erscheinen des Buches und der „Fatwa“ (das Todesurteil Khomeinis) gab es viele islamische Protestaktionen, aber niemand kam zu mir nach Hause und bedrohte mich. Erst durch terroristische Aktionen Iran, sah ich mich gezwungen, mein Leben zu ändern. Der Terrorismus wird hier als politisches Instrument mißbraucht.

FR: Welchen Effekt hat das Todesurteil auf andere Schriftsteller?

rende Gesetze zugunsten von mehr Menschenrechten geändert haben...

FR: Aber die fundamentalistischen Staaten wie Iran wollen die „Sharia“ (Koranisches Gesetz) als allein gültiges Gesetz anerkannt wissen.

RUSHDIE: Das ist richtig. Und es besteht im Westen die Gefahr, die moslemischen Extremisten mit ihren Ansichten als Vertretung der gesamten islamischen Gemeinschaft anzusehen. Diese reaktionären Stimmen dürfen nicht als authentisch betrachtet werden. Es gibt auch viele andere Stimmen, die keine Angst haben sollten, sich zu äußern. Sie müssen sich mehr Gehör verschaffen. Das Problem ist: Was geschieht, wenn sich eine tolerante Gesellschaft für die politischen oder kulturellen Grundsätze anderer Gemeinschaften öffnet, diese aber ihre Zuflucht in einem ungesetzlichen System suchen und die Macht probieren wollen? Ein Staat sollte demonstrieren, daß hier eine Grenze erreicht ist, und nicht zulassen, durch die eigene Toleranz zum Narren gemacht zu werden.

FR: Glauben Sie, daß ihr Besuch in Deutschland erfolgreich war?

RUSHDIE: Das Zusammentreffen mit den Bundestagsabgeordneten und anderen Politikern, insbesondere von der SPD, war ein großer Erfolg — mehr als ich erwartet habe. Die Unterstützung durch Björn Engholm war hundertprozentig. Er hat seinen Einsatz für konkrete und praktische Aktionen versprochen: ein erneutes Aufgreifen der Thematik im Bundestag und die Fortsetzung der Diskussion mit den politischen Schwesterparteien auf europäischer Ebene.

FR: Sie schreiben ein neues Buch. Was ist das Thema und wann wird es erscheinen?

RUSHDIE: Warten Sie und lesen Sie es. Ich möchte noch nichts darüber erzählen, weil es erst zur Hälfte fertiggestellt ist und frühestens Ende nächsten Jahres erscheinen wird. Ich kann Ihnen aber versichern, daß es nicht von der Rushdie-Affäre handelt...

FR: Und nicht über Religion?

RUSHDIE: Richtig, nicht über Religion. Es handelt von vielen Dingen, insbesondere vom Malen. Religion war immer ein Element meiner schriftstellerischen Tätigkeit. Wenn man den gleichen Background hat wie ich, kann man nicht über Menschen aus Indien oder Pakistan schreiben, ohne zu begreifen, daß die Religion ein wichtiger Bestandteil ihres Lebens ist. Mein Interesse war allerdings, die Religion von einem weltlichen Standpunkt aus zu betrachten.

FR: Stimmen Sie der Auffassung zu, daß die Menschen entweder zu intensiv, zu fundamentalistisch, an die Religion glauben oder gar nicht?

RUSHDIE: Ich würde den Fundamentalismus als eine Ideologie begreifen. Aber das Problem ist, daß er politische Macht erzielen könnte. Das Zusammengefallen von Fundamentalismus gefährlich. Natürlich ist es möglich, ein Leben ohne Religion zu führen. Ich denke, viele Philosophen würden mit mir über übereinstimmend sagen, daß die Unterscheidung von Gut und Böse schon vor der Religion existiert hat. Sein Leben nach einem Wertesystem auszurichten, hängt nicht von der Religion ab. Wir leben in einer Zeit, in der eine große Unsicherheit vorherrscht. Religion ist deshalb attraktiv, weil sie Ungewißheit beiseite räumt und erklärt, wie die Welt ist. Niemand kann die Welt vollständig erklären. Die Menschheit braucht heute eine gewisse Sicherheit, die sie in der Religion findet. Aber wenn diese zu extrem ist, wird sie gefährlich.

RUSHDIE: Das ist eine sehr wichtige Frage, weil es einen Effekt auf die westliche und einen Effekt auf die islamische Welt gibt. Beide sind schrecklich. Seit der „Fatwa“ haben westliche Verleger die Veröffentlichung islam-kritischer Bücher weitgehend gestoppt. Insofern war die Erscheinung wichtig wäre, haben es jetzt schwerer, veröffentlicht zu werden. Das Problem ist innerhalb der moslemischen Welt aber noch größer, weil die dort lebenden und arbeitenden Autoren keine internationale Aufmerksamkeit genießen. Die „Fatwa“ gegen mich wirkt auf diese Schriftsteller als Warnung, sehr vorsichtig zu sein.

Es ist hier wichtig und wird nicht oft genug erwähnt: In den letzten 10 bis 15 Jahren haben die Repressionen gegen progressive Ideen in Iran und in allen anderen islamischen Staaten zugenommen. Und die Anklage ist immer dieselbe. Sie lautet „Blasphemie“ oder „unislamisches Verhalten“. So gibt es bei vielen die verzweifelte Angst, nicht islamisch zu sein. Die traurigste Sache innerhalb der moslemischen Gemeinschaft — eingeschlossen der Moslems in Europa — ist im Moment, daß die Mullahs uns zwingen wollen, die Botschaft ihres Glaubens bedingungslos zu akzeptieren. Da jeder als Feind des Islam betrachtet wird, der diese Botschaft „von oben“ hinterfragt, ist

Stellung nehmen!

Amel in Bonn  
Anläßlich der Deutschen Akademie von Salman Rushdie und nach ausführli-



lich für unsere politische Klasse, daß er sie ihr vorsprechen mußte.  
Aber nun besteht die Hoffnung, daß er in Bonn nicht nur offene Ohren fand oder (verspätete) Gesten der Höflichkeit und Freundlichkeit bemerken konnte. Zwar traf Rushdie im Auswärtigen Amt, dessen Chef auf einer Auslandsreise ist (aber noch nicht wieder im Iran, wohl aber in Pakistan, wohin sich Rushdie auch nicht getrauen dürfte), nur auf den Leiter der Kulturabteilung, der ihm „selbstverständlich weitere Unterstützung“ zusagte. Es wird Sache der deutschen Öffentlichkeit sein, über diese „Selbstverständlichkeit“ des Auswärtigen Amtes künftig Rechenschaft zu verlangen.

Salman Rushdie auf seiner gestrigen Bonner Pressekonferenz.



Foto: AP

RUSHDIE: Das ist eine sehr wichtige Frage, weil es einen Effekt auf die westliche und einen Effekt auf die islamische ausübt. Beide sind schrecklich. Seit der „Fatwa“ haben westliche Verleger die Veröffentlichung islam-kritischer Bücher weitgehend gestoppt. Insoweit war die „Fatwa“ erfolgreich. Die Bücher, deren Erscheinen wichtig wäre, haben es jetzt schwerer, veröffentlicht zu werden. Das Problem ist innerhalb der moslemischen Welt aber noch größer, weil die dort lebenden und arbeitenden Autoren keine internationale Aufmerksamkeit genießen. Die „Fatwa“ gegen mich wirkt auf diese Schriftsteller als Warnung, sehr vorsichtig zu sein.

Es ist hier wichtig und wird nicht oft genug erwähnt: In den letzten 10 bis 15 Jahren haben die Repressionen gegen progressive Ideen in Iran und in allen anderen islamischen Staaten zugenommen. Und die Anklage ist immer dieselbe. Sie lautet „Blasphemie“ oder „unislamisches Verhalten“. So gibt es bei vielen die verzweifelte Angst, nicht islamisch zu sein. Die traurigste Sache innerhalb der moslemischen Gemeinschaft — eingeschlossen der Moslems in Europa — ist im Moment, daß die Mullahs uns zwingen wollen, die Botschaft ihres Glaubens bedingungslos zu akzeptieren. Da jeder als Feind des Islam betrachtet wird, der diese Botschaft „von oben“ hinterfragt, ist hiermit ein Weg eingeschlagen worden, das Recht auf Gedankenfreiheit abzuschaffen.

Mein Ziel ist es, der islamischen Gemeinschaft in Europa deutlich zu machen, daß die „Fatwa“ auch ein Disaster für sie selbst bedeutet. Es ist in der Tat so — ob das nun der islamischen Welt gefällt oder nicht. Dieses Urteil schädigt ihre Interessen. Und das müssen sie erkennen.

FR: Glauben Sie an die multikulturelle Gesellschaft?

RUSHDIE: Was ist die Alternative? Sollen wir denn alle in kleinen Schachteln leben? Hier gibt es eine große Herausforderung für Europa. Es kann schwierig sein, dieses Ziel zu erreichen. Aber ich sehe keine andere Möglichkeit. Wir können nicht wählen, wir müssen herausfinden, wie eine multikulturelle Gesellschaft funktionieren kann. Ich habe selbst in den siebziger Jahren in England aktiv auf diesem Gebiet gearbeitet und mich oft über reaktionäre Äußerungen geärgert. Es ist wichtig, Wege zu finden, wie Menschen mit unterschiedlichen Wertvorstellungen miteinander leben können.

Aber es kommt dann zu einem grundsätzlichen Problem, wenn es einen großen, einen absoluten Konflikt gibt. Solch ein Konflikt entsteht, wenn bei einer Demonstration eine Gruppe von Leuten beansprucht, für die Hälfte der Gemeinschaft zu sprechen, sich dabei auf ein höheres Gesetz beruft und behauptet, es sei Rechtsens, jemanden für seine abweichenden Ideen zu töten — obwohl sie in einer Gesellschaft leben, in der dies illegal ist.

Wir können nicht akzeptieren, daß einzelne Gemeinschaften sich jeweils eigene Gesetze konstruieren. So etwas wird immer wieder vorkommen. Also muß deutlich darauf hingewiesen werden, daß die Rechte der Minderheiten nicht einschließen, daß jede einzelne Gruppierung tun und lassen kann, was sie will. Sogar das islamische Recht akzeptiert, daß die Gesetze des Landes, in dem man lebt, geachtet und respektiert werden müssen. Zugleich sind Gesetze aber nicht unveränderbar. Man kann den Inhalt eines Gesetzes diskutieren. Es gibt zum Beispiel Länder wie Südafrika, die diskriminieren,

versichern, daß es nicht von der Rushdie-Affäre handelt...

FR: Und nicht über Religion?

RUSHDIE: Richtig, nicht über Religion. Es handelt vor, vielen Dingen, insbesondere vom Malen. Religion war immer ein Element meiner schriftstellerischen Tätigkeit. Wenn man den gleichen Background hat wie ich, kann man nicht über Menschen aus Indien oder Pakistan schreiben, ohne zu begreifen, daß die Religion ein wichtiger Bestandteil ihres Lebens ist. Mein Interesse war allerdings, die Religion von einem weltlichen Standpunkt aus zu betrachten.

FR: Stimmen Sie der Auffassung zu, daß die Menschen entweder zu intensiv, zu fundamentalistisch, an die Religion glauben oder gar nicht?

RUSHDIE: Ich würde den Fundamentalismus als eine Ideologie begreifen. Aber das Problem ist, daß er politische Macht erzielen könnte. Das Zusammenspiel von Ideologie und Politik macht jede Art von Fundamentalismus gefährlich. Natürlich ist es möglich, ein Leben ohne Religion zu führen. Ich denke, viele Philosophen würden mit mir über einstimmen, daß die Unterscheidung von Gut und Böse schon vor der Religion existiert hat. Sein Leben nach einem Wertesystem auszurichten, hängt nicht von der Religion ab. Wir leben in einer Zeit, in der eine große Unsicherheit vorherrscht. Religion ist deshalb attraktiv, weil sie Ungewißheit beiseite räumt und erklärt, wie die Welt ist. Niemand kann die Welt vollständig erklären. Die Menschheit braucht heute eine gewisse Sicherheit, die sie in der Religion findet. Aber wenn diese zu extrem ist, wird sie gefährlich.

## Stellung nehmen!

P.E.N.-Appell an Bonn

Anlässlich der Deutschlandreise von Salman Rushdie und nach ausführlichen Gesprächen mit ihm bittet das P.E.N.-Zentrum der BRD die Bundesregierung zum wiederholten Mal um eine Stellungnahme zu dem nun seit drei Jahren bestehenden Mordaufruf der iranischen Regierung.

Wir glauben, daß es — vor dem Hintergrund der deutschen Vergangenheit und angesichts der wachsenden Intoleranz in unserem Land — dringend geboten ist, im Fall des Dichters Rushdie ein exemplarisches Zeichen zu setzen.

Wir fragen die Bundesregierung, warum offenbar in der deutschen auswärtigen Kulturpolitik nicht gelten soll, was für die deutsche Entwicklungs- und Wirtschaftshilfe für verbindlich erklärt wurde: Daß die Menschenrechte die Grundlage politischer Beziehungen bilden müssen.

Das Todesurteil gegen Rushdie könnte von der Regierung Irans jederzeit widerrufen werden. Sie wird dazu freilich keinen Anlaß sehen, so lange die europäischen Regierungen nicht unmißverständlich klarstellen, daß der Mordaufruf gegen Schriftsteller ein unüberwindliches Hindernis für die Ausweitung wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen bildet.

Der P.E.N. fragt die Bundesregierung, ob sie gewillt ist, aus der unerträglichen Lage der Menschenrechte in Iran die Konsequenzen zu ziehen, zu denen sie im Kontext der Akte von Helsinki verpflichtet ist: die Wirtschaftsbeziehungen nicht auszuweiten, keine offiziellen Kulturbeziehungen einzuleiten und der Regierung Irans gegenüber öffentlich zu erklären, daß vor einer Intensivierung der wechselseitigen Kontakte die gegen Salman Rushdie verhängte „Fatwa“ aufgehoben werden muß.

Wenn die Repräsentanten Deutschlands hinhimmeln, daß mit einem Land, in dem die Freiheit des Wortes in grausamer Weise unterdrückt wird, umfangreiche Beziehungen unterhalten werden, so ist dies nichts anderes als „Appeasement-Politik“ — die deutsche Geschichte zeigt hinlänglich, wohin dies führen kann.

AA000129